



## Regionalberichte

Reinhard Pohl

### Kongolesen und Angolaner haben gemeinsam einen Verein gegründet.

Die *Association des Congolais et des Angolais en Allemagne* (A.C.A.A) hatte am 18. 9. 2004 in Kiel ihre konstituierende Sitzung. Die Vereinsgründung wurde initiiert von Kongolesen und Angolanern, die in Kiel und Umgebung leben. Die A.C.A.A. ist offen für alle Kongolesen und Angolaner in Deutschland aber wendet sich vor allem an diejenigen, die in Schleswig-Holstein leben. Der Verein hat über 30 Mitglieder. Das Ziel der Organisation ist es, sich für die Integration ihrer Mitglieder in die deutsche Gesellschaft einzusetzen. Das umfasst die Unterstützung bei Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Asylverfahren und

bei dem Bemühen darum, eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, die es den Mitgliedern ermöglicht zu leben und zu arbeiten und den Lebensunterhalt ihrer Familienangehörigen, die in Deutschland leben, zu sichern. Der Verein strebt die Zusammenarbeit mit deutschen Vereinen an, die sich für die Achtung der Rechte von Migranten und Migrantinnen und für deren Integration einsetzen, wie der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, die ZBBS e.V., der Christliche Verein .... Die Vereinsmitglieder setzen sich darüber hinaus für den Aufbau demokratischer Regierungsformen in ihren beiden Ländern ein, die auf der Achtung der Menschenrechte, auf Toleranz und auf

der Freundschaft zwischen den Völkern basieren.

Der Vorstand des Vereins umfasst sieben Personen sowie drei unterstützende Mitglieder: Erster Vorsitzender ist Herr Mazala, Stellvertretender Vorsitzender ist Herr Gonaka, Kassenwart ist Herr Matiya, weitere Vorstandsmitglieder sind Herr Ndomanueno, Herr Tendola, Herr Lutonadio und Herr Manuel.

Der Verein trifft sich einmal im Monat Samstags im Gemeindehaus der St. Johannes-Gemeinde in Kiel-Gaarden, Schulstr. 30. Kontakt über Tel: 0431-732619 o. 0173-8135458.

Gudow, 7.6.2004

An den  
Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des  
Landes Schleswig-Holstein  
Herrn Helmut Frenz

## Wir sind kein Vieh und wollen auch nicht so behandelt werden!

Sehr geehrter Herr Frenz,  
**wir sind Bewohner eines seit Jahren vom Kreis Herzogtum-Lauenburg als Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge betriebenen Gebäudes in Gudow. Das Gebäude ist vollständig heruntergewirtschaftet und für die Unterbringung von nicht selten schwer traumatisierten Menschen, ganzen Familien mit z.T. sehr kleinen Kindern vollständig ungeeignet. Die baulichen und hygienischen Bedingungen sind katastrophal, es besteht erheblicher Sanierungsbedarf. Die soziale Qualität der Unterkunft ist ungenügend, Gemeinschaftsräume sind nicht vorhanden, unser Leben - das von Kindern, Halbwüchsigen und Erwachsenen - spielt sich unter beengtesten Bedingungen quasi auf der Bettkante ab.**

Im Folgenden tragen wir Ihnen unsere Klage vor und bitten Sie, uns ein Gespräch mit dem Landrat des Kreises zu vermitteln und uns bei diesem zu begleiten.

Zu unserer Kritik:

Die Unterkunft ist völlig isoliert. Kostengünstige Einkaufsmöglichkeiten sind im Ort nicht vorhanden, die horrenden Buspreise, um nach Mölln zu gelangen, sind für uns nicht finanzierbar.

Unsere Kinder werden in der Schule wegen ihres Asylstatus rassistisch diskriminiert.

Das Telefon des Hauses ist abgestellt. Lediglich der polizeiliche Notruf kann angerufen werden. In verschiedenen akuten Notfällen sind aber weder Polizei noch Notarzt gekommen oder konnte erst durch telefonische Nachbarschaftshilfe durchgesetzt werden.

Der Heimleiter steht uns nicht beratend oder unterstützend zur Seite. Das Austeilen von Lebensmitteln scheint seine einzige Zuständigkeit zu sein. Andere Beratungshilfen gibt es nicht.

Das Haus ist so feucht, dass sich allenthalben Schimmel niederschlägt. Abflussleitungen von Waschtischen sind undicht, die Böden regelmäßig durchfeuchtet.

Besonders die Sanitärräume sind grenzwertig: verstopfte WCs, defekte und nicht verschließbare Fenster, Duschen ohne Vorhänge oder andere Abtrennung, Verletzungsgefahren wegen fehlender oder defekter Bodengulliabdeckungen, überall wuchernder Schimmelbefall, keinerlei Ablagegelegenheiten oder Haken für Kleider/Handtücher etc., kein ausreichendes Warmwasser, keine Kinderwannen. Das Waschen von Kleinkindern ist fast unmöglich.

Die Zimmer sind i.d.R. 10,4 qm groß und sind gleichzeitig Wohn-, Schlaf- und Lagerraum für bis zu 4 Personen. Nicht jeder hat ein Bett. Die Möblierung mussten wir z.T. über Sperrmüll organisieren. Zum Inventar gehörige Metallspinde sind zahlreich verrostet, nicht mehr verschließbar. Die Flure dienen mangels Alternative gleichzeitig als Wäschetrocken-, Lagerraumraum und Kinderspielfläche.

Einen Gemeinschaftsraum gibt es nicht, ein Raum zur separaten Religionsausübung ist ebenso nicht vorhanden. Die Außenanlagen bestehen aus einem provisorischen, bei Trockenheit staubigem und bei Nässe vermatschten Bolzplatz und einem sog. Kinderspielplatz, auf dem schrottwertige Geräte herumstehen.

Die Lebensmittelversorgung entspricht nicht unseren sehr unterschiedlichen kulturellen Prägungen. Auch die Menge der uns zugestandenen Lebensmittel ist sehr schwankend.

Sehr geehrter Herr Frenz, wir sind kein Vieh und wollen auch nicht so behandelt werden. Wir bitten Sie hiermit herzlich, uns ein Gespräch mit dem Landrat in Ratzeburg zu vermitteln, wo wir ihm unsere Forderungen vortragen können. Gerne würden wir Sie bei diesem Gespräch dabei haben.

Einige ehrenamtliche Damen der ai-Gruppe Geesthacht besuchen uns seit einigen Wochen und sind in dieser Situation eine große Hilfe.

Mit Dank für eine positive und zeitnahe Rückmeldung  
Die Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft in Gudow:

19 Unterschriften

### LAUENBURG:

#### **Untragbare Zustände in der Flüchtlingsunterkunft Gudow**

Anfang des Jahres (Februar) bekam Jutta Niemann (amnesty international, Geesthacht) einen telefonischen Hilferuf der Flüchtlingsberatungsstelle der Diakonie Lübeck mit der Bitte, sich um eine tschetschenische Familie in Gudow zu kümmern. Der Mann sei schwer krank und hätte viele Probleme, auch hinsichtlich seines Asylantrages. Es gäbe in Gudow keinerlei Hilfsangebote irgendeiner Organisation und auch nicht seitens des Heimleiters.

Jutta Niemann kümmerte sich unverzüglich um die o.a. Familie und war entsetzt über die Zustände in der kommunalen Unterkunft in Gudow für alle dort lebenden Flüchtlinge. Am 9.03.04 machte sie Fotos über die äußeren Zustände, um diese zu dokumentieren. Gespräche mit den Heimbewohnern wurden geführt, Kleider- und Spielzeugsammlungen wurden gestartet, Verbindungen zu Behörden, Ärzten und Krankenhaus wurden aufgenommen usw. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein wurde informiert. Anfang Juni konnten sich Flüchtlingsrat und AWO anlässlich eines Klientenbesuchs über die Bedingungen informieren. Die Bewohner formulieren am 7. Juni ein gemeinsames Schreiben an Helmut Frenz mit der Bitte, den Landrat einzuschalten.

Eine afghanische Familie mit 4 Kindern wurde nach ca. 1 ½ Jahren Gudow endlich in eine Wohnung in Wiershop verlegt, offensichtlich aufgrund mehrfacher Anträge an die Behörden, die hauptsächlich Frau Niemann getätigt hat.

Helmut Frenz besichtigte das Heim im August und konnte sich ein persönliches Bild machen. Er wandte sich direkt an den Landrat Gerd Krämer mit der Aufforderung, die Zustände in Gudow zu verbessern.

Anfang September beginnt der NDR sich zu interessieren. Am 15.9.04 besucht eine Journalistin des NDR das Heim. Sie war schockiert von den Zuständen. Sie führte diverse Gespräche mit den Flüchtlingen, um deren Situation kennenzulernen.

Am 14.10.04 verbrachte ein NDR-Aufnahmeteam mehrere Stunden in Gudow. Es wurden viele Filmaufnahmen und Interviews gemacht. Die Sendung erfolgte am 15.10.04 im SH-Magazin des NDR einschl. eines Interviews mit dem CDU-Sprecher Karsten Steffens, der die Zustände sehr verharmloste, aber Verbesserungen versprach. Herr Steffens wurde bezüglich seiner Äußerungen direkt angeschrieben, bisher erging noch keine Antwort.

Am 13.10.04 waren im Heim Aufräumungs- und Malerarbeiten durchgeführt

worden, offensichtlich im Hinblick auf den Besuch von Herrn St. im Heim am 15.10.04. Am 22.10.04 gab es einen Ortstermin mit Politikern des Kreises, Sozialamtsmitarbeitern und einem Vertreter der AWO im Beisein eines NDR-Filmteams. Am 4.11.04 tagte der Kreistag, Beratung über Anträge der Grünen und der SPD, Filmaufnahmen durch NDR und Ausstrahlung im Fernsehen am 5.11.04.

In der Zwischenzeit wurde offensichtlich eine Familie aus Aserbeidschan mit 3 kleinen Kindern, davon 1 herzkrankes Kind nach einem Aufenthalt in Gudow von nahezu 1 ¼ Jahr in eine Wohnung in Mölln verlegt. Eine syrische Familie mit kleinen Kindern, darunter ein 3-jähriger behinderter Junge, wurde Anfang Oktober in Gudow aufgenommen. Der Familie wurden ebenso wie der o.a. Familie nicht einmal genügend Betten zur Verfügung gestellt.

Anfang November wurden neue Herde und zwei Warmwasserbereiter für die „Küche“ installiert, schimmelige Wände in den Sanitärräumen überstrichen und die Fenster in diesen Räumen repariert. Mehr positive Veränderungen sind uns bisher nicht aufgefallen. Wir werden am 12.11.04 das Heim aufsuchen, um uns ein Bild des derzeitigen Zustandes zu machen.

Am 18. November erklärt das Kieler Innenministerium, der Gudower Unterkunft die Anerkennung des Landes zu entziehen. Das Heim soll zum 1. Januar 2005 geschlossen werden. Am 20.11.2004 speulierte allerdings die Lauenburgische Landeszeitung, dass das Haus wohl doch noch über den Jahreswechsel hinaus betrieben würde, weil so schnell nicht genügend privater Wohnraum gefunden werden könnte.

Sigrid Schröder

(amnesty international Geesthacht)

### KIEL:

#### **Ringvorlesung:**

#### **Friedensbedrohung Terrorismus Ursachen, Folgen, Gefahren und Gegenstrategien**

Seit den verheerenden Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 ist die Welt von einer Reihe schwerer Attentate in immer dichter Folge erschüttert worden: Djerba, Mombasa, Riad, Casablanca, Jakarta, Istanbul, Madrid und nahezu täglich Israel, Palästina und Irak. Als Folge davon breiten sich weltweit Angst und Entsetzen vor terroristischen Anschlägen aus, die medienwirksam auf hohe Opferzahlen unter ungeschützten Zivilisten abzielen. Der Terrorismus der Neuzeit, transnational organisiert und global ausgerichtet, ist zu einer ersten Bedrohung des Weltfriedens geworden.

Wie ist die globale Bedrohung einzuschätzen und was ist zu tun, um die

Terrorgefahr einzudämmen? Welches sind die Ursachen für die Entstehung von terroristischer Gewalt und wie kann deren Folgen und Auswirkungen begegnet werden? In vielen Ländern werden immer neue Notstandsverordnungen und Gesetze erlassen, wovon nicht zuletzt auch die Menschenrechte immer stärker betroffen sind. Wie kann ein effektiver Schutz der Bevölkerung mit der Wahrung der Menschenrechte und dem Ausbau demokratischer Strukturen verbunden werden? Wie ist einem Feind zu begegnen, der nur im Verborgenen operiert und dessen Angriffsstrategie und Ziel unbekannt sind? Welche Rolle kommt der Politik, der Religion und den sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen der Menschen zu? Wohin führt die Bekämpfung des Terrorismus mit dem Mittel Krieg, der immer auch viele Opfer fordert? Welches sind die Alternativen, um der Ausbreitung von terroristischer Gewalt wirkungsvoll und mit nachhaltigem Erfolg entgegenzutreten?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich die Ringvorlesung „Friedensbedrohung Terrorismus. Ursachen, Folgen, Gefahren und Gegenstrategien“, die das SCHIFF in Kooperation mit der Heinrich Böll-Stiftung Schleswig-Holstein im Oktober begonnen hat. Die Veranstaltungen Dezember bis Februar:

#### **02.12.04 „The US-War on Terror“ und die neue Sicherheitsdoktrin**

Walter Andrusyszyn, ehem. Direktor für Zentral- und Nordamerika im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses, Washington, D.C.

**09.12.04 Internationale Terrorismusbekämpfung und Einhaltung der Menschenrechte: Eine Zwischenbilanz.** Dr. Wolfgang S. Heinz, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin

**16.12.04 Die Bedeutung von Massenmedien – Integraler Bestandteil terroristischen Kalküls?** Elvira Claßen, Forschungsgruppe Informationsgesellschaft und Sicherheitspolitik, Trier

**06.01.05 Die Proliferation von Nuklearwaffen: Wie groß ist die Gefahr für terroristische Anschläge?** Dr. Götz Neuneck, Institut für Friedens- und Sicherheitspolitik, Hamburg

**13.01.05 Biologische Waffen und Terrorismus.** Prof. Dr. Kathryn Nixdorff, Institut für Mikrobiologie und Genetik, Technische Universität Darmstadt

**20.01.05 Cyber-Terrorismus: Panikmache oder reale Gefahr?** Dr. Ingo Ruhmann, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

**27.01.05 Ist der Einsatz von militärischer Gewalt ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus?** Prof. Dr. Hans-Joachim Giessmann, Institut für Friedens- und Sicherheitspolitik, Hamburg

## Grenzenlos

– so heisst das unregelmäßig seit ein paar Jahren erscheinende Info des Lübecker Flüchtlingsforums. Die aktuelle Ausgabe November 2004 präsentiert sich in einem neuen Layout und Konzept. Künftig soll ‚Grenzenlos‘ als Heft mit wechselnden thematischen Schwerpunkten erscheinen. Diesmal beschäftigen sich die Herausgeber mit der Erstaufnahmeeinrichtung in der Kaserne in Lübeck-Vorwerk.

Neben Informationen über das Asylverfahren wird die spezielle Situation in der Erstaufnahmeeinrichtung erklärt. Dabei werden auch die Schwierigkeiten benannt, über die dort lebende Flüchtlinge seit Jahren immer wieder berichtet haben.

Die Öffentlichkeitsarbeit – und damit auch die Herausgabe des Infos ‚Grenzenlos‘ – leistet das Flüchtlingsforum ehrenamtlich. Gleichzeitig unterhält der Verein eine Migrationssozialberatungsstelle, wo Flüchtlinge und andere MigrantInnen hauptamtliche Beratung in arabischer, türkischer, englischer, kurdischer oder französischer Sprache zu rechtlichen und sozialen Problemlagen erhalten können.

Sprechstunden: Mo & Di 8.30 – 12.30 Uhr, Do 14 – 17<sup>00</sup> Uhr

Tel. 0451-7072299; mail: fluefo.luebeck@t-online.de

Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck



03.02.05 **Anti-Terrorkampf: Dimensionen und Instrumente.** Dr. Christopher Daase, Leiter der Abteilung für Internationale Konfliktstudien an der Brussels School for International Studies und Lecturer für Internationale Beziehungen an der University of Kent at Canterbury

10.02.05 **Den Terror überwinden und Krieg verhindern: Wo ist anzusetzen?**

Abschlussdiskussion mit: Barbara Unmüßig, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin / Dr. Wolfgang Vogt, Universität der Bundeswehr, Hamburg (angefragt) / Prof. Dr. Joachim Krause, Institut für Politische Wissenschaft der Universität Kiel. / Jörg Ziercke, Leiter des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden (angefragt). Moderation: Prof. Dr. Klaus Potthoff, SCHIFF, Kiel

Alle Veranstaltung donnerstags in der Uni Kiel, Audi Max, Hörsaal C